

Emotionale Vergemeinschaftung? Krieg und Politik im Radio der frühen DDR

Christoph Classen

Wie seinerzeit jeden Sonntag, so strahlte der vor allem auf die Bundesrepublik gerichtete *Deutschlandsender* auch am ersten Sonntag des Jahres 1954 mittags seinen *Sonntagskommentar* aus.¹ Gesprochen wurde er an diesem Tag von Karl Eduard von Schnitzler, dem damaligen Chefkomentator des DDR-Rundfunks. Zum Jahresbeginn widmete sich von Schnitzler dem Thema »Hass und Liebe in der Politik«: Er verteidigte ausdrücklich die Notwendigkeit einer manichäischen Freund-Feind-Unterscheidung und plädierte für eine »Erziehung zum Hass auf die Imperialisten«, unternahm aber zugleich den schwierigen Versuch, diesen Hass von demjenigen der Nationalsozialisten abzugrenzen. Während letzterer – so von Schnitzler – »ein blinder Hass« gewesen sei, »jeder rationellen [sic!], sachlichen, wahrhaftigen Begründung bar«, gehe es nun, im Sozialismus, um einen Hass, »der einen Menschen beseelt, der klarblickt, der den Unterschied zwischen Gut und Böse erkannt hat und der das Böse bewusst hasst, weil er das Gute liebt«. Diese Liebe zum Guten sei ohne den Hass nicht möglich: Die »heiße, tiefe Liebe zu einer gerechten Sache, zum Vaterland, zum Frieden – diese tiefe Liebe zeigt sich erst richtig im Hass auf die Feinde, auf jene Mächte, die die ungerechte Sache vertreten und das Vaterland und den Frieden bedrohen«. Und damit keine Zweifel darüber aufkamen, welche Konsequenzen falsche Rücksichtnahmen haben könnten, verwies von Schnitzler auf den ehemaligen Generalfeldmarschall der Luftwaffe und verurteilten Kriegsverbrecher Albert Kesselring, der 1952 aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus der Haft entlassen worden war: »Wenn wir Herrn Kesselring verzeihen und lieben, statt ihn zu hassen, wird dieser Kriegsverbrecher im Sommer Bonner Bundespräsident.«²

1 Sendemanuskript »Über Liebe und Hass in der Politik«, *Deutschlandsender*, 3. Januar 1954, Autor: Karl-Eduard von Schnitzler; Deutsches Rundfunkarchiv Potsdam-Babelsberg (DRA), Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, DS 54/0009.

2 Ebd.; es versteht sich, dass die Berufung Kesselrings in ein Staatsamt auch in der damaligen Bundesrepublik undenkbar gewesen wäre, allein schon im Hinblick auf Einspruchsrechte der Westalliierten; vgl. zum historischen Kontext: Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge*

Abstrahiert man von der inhaltlichen Dimension, so scheint mir das Beispiel dreierlei zu illustrieren: Erstens zeigt es, dass der Kalte Krieg – zumindest in seinen Hochphasen – nicht zuletzt eine »Arena der Emotionen« war, in der Gefühle existentieller Bedrohung, Ängste vor einem erneuten Krieg und intensive Identifikations- und Abgrenzungsprozesse an der Tagesordnung waren, die im gegenwärtigen Politikbetrieb in Deutschland keine Entsprechung mehr haben. Zweitens zeugt es von den – auf beiden Seiten anzutreffenden – im weitesten Sinne propagandistischen Bemühungen während dieser Zeit, das Alltagsmedium Radio zu nutzen, um Emotionen im Sinne der eigenen Seite zu kanalisieren oder sie gar erst zu erzeugen. Drittens scheint das Beispiel implizit auch auf die Schwierigkeiten zu verweisen, entsprechende Positionierungen zu etablieren, geschweige denn tatsächlich einschlägige Gefühle zu erzeugen: Es liegt nahe, hinter von Schnitzlers bemühten Ausführungen eine Reaktion auf das Argument zu vermuten, die in der täglichen Propaganda in extenso praktizierte polare Freund-Feind-Logik des Regimes gleiche strukturell derjenigen der Nationalsozialisten.³ In diesem Falle lässt sich der Kommentar auch als Versuch lesen, die emotionalen Vergemeinschaftungsangebote der DDR zu verteidigen und die Notwendigkeit einer rigiden politisch-ideologischen Abgrenzung gegen eine stärker auf Verständigung und nationalen Ausgleich bedachte Grundstimmung in der Bevölkerung durchzusetzen.

Der Artikel untersucht anhand der Kriegsthematik exemplarisch, ob und wie in der ersten Hochphase des Kalten Krieges im Radio der SBZ/DDR an verbreitete gesellschaftliche Stimmungslagen angeknüpft und diese im eigenen Sinne kanalisiert wurden. Neben der Untersuchung von Medienangeboten soll nach den Erwartungen der Hörer gefragt werden, soweit sie aus den Quellen erschlossen werden können. Hier wird auch die Frage zu diskutieren sein, welches *Dispositiv* das Radio konstituierte, das heißt, welche Bedeutung den spezifischen historischen und technischen Voraussetzungen dieses Mediums im Kommunikationsprozess zukam und welche Voraussetzungen sich daraus für emotionale Identifikationsprozesse ergaben.⁴

der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996; Brochhagen, Ulrich, *Nach Nürnberg, Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer*, Hamburg 1994.

3 Nach eigenen Angaben stand der Kommentar im Zusammenhang mit einer Diskussion, die von Schnitzler kurze Zeit zuvor mit Schauspielern geführt hatte; vgl. Sendemanuskript »Über Liebe und Hass in der Politik« (wie Anm. 1).

4 Vgl. Knuth Hickethier, »Apparat – Dispositiv – Programm. Skizze einer Programmtheorie am Beispiel des Fernsehens«, in: Knut Hickethier/Siegfried Zielinski (Hg.), *Medien/Kultur. Schnittstellen zwischen Medienwissenschaft, Medienpraxis und gesellschaftlicher Kommunikation*, Berlin 1991, S. 421–447.

1. Deutschland im Kalten Krieg: Kulturell erzeugte Differenz

Betrachtet man die politischen Sendungen des DDR-Rundfunks zwischen dem Beginn des Kalten Krieges und der Mitte der sechziger Jahre, so ist unübersehbar, dass der umfassende Abgrenzungsdiskurs gegenüber dem Westen allgemein und der Bundesrepublik im Besonderen auch die Radiosendungen stark geprägt hat – und dies durchaus über die im engeren Sinne politischen Sendungen hinaus. Immer wieder stößt man auf extrem gesteigerte Distinktionen, die gerade auch in ihrer emotionalisierten Zuspitzung im Nachhinein befremden. Kurz vor dem Mauerbau beispielsweise verglich der damalige Chef des ostdeutschen Rundfunks, Hermann Ley, die Situation in der Bundesrepublik und speziell in den Westsektoren Berlins mit derjenigen in Kafkas Romanen und sah hier wie dort konspirative Mächte am Werk: »Sie hassen die Stimme der Vernunft und suchen Blutrausch zu erzeugen [...]. Wer mit dem Atomkrieg spielt, dem kommt es selbstverständlich auch nicht auf ein einzelnes Menschenleben an. Wem das Menschenleben einen feuchten Kehrriech gilt, dem macht es diabolisches Vergnügen, zum Spaß einen Menschen auf kleinstem Feuer zu rösten, bis er ihn ans Messer liefert.«⁵ Im Folgenden bezeichnete er diese Kräfte als »Ungeziefer«, das sich wie ein Vampir »vom Herzblut anderer« ernähre und stellte ihr baldiges Ende durch »Ungeziefervernichtungsmittel« von Seiten der DDR in Aussicht.

Dieser Abgrenzungsdiskurs, der zu den Hochzeiten des Kalten Krieges von beiden Seiten produziert wurde,⁶ ist natürlich zunächst nur vor dem Hintergrund des historisch-situativen Kontextes zu verstehen. Denn nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus, dem Verlust der nationalen Souveränität und der deutschen Teilung war es zunächst für keinen der beiden deutschen Teilstaaten leicht, sich zu legitimieren und breite Zustimmung durch die Bevölkerung zu mobilisieren. Weder war es für die beiden Neugründungen möglich, bruchlos an die Vergangenheit anzuknüpfen, noch standen andere, normalerweise nicht hinterfragte und damit quasi-natürliche Legitimationsquellen zur Verfügung. Vielmehr verlief die Blockgrenze mitten durch die seinerzeit zumeist als unteilbar angesehene Nation, und folglich artikulierten beide Staaten einen konkurrierenden Alleinvertretungsanspruch, von dem

⁵ Sendemanuskript »Friedensvertrag mit Westdeutschland – Freie Stadt Westberlin«, Abendkommentar, Berliner Welle, 23. Juli 1961; Autor: Prof. Dr. Hermann Ley (Vorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees); DRA, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, BR 61/847.

⁶ Eine vergleichbare Diktion, die dem politischen Gegner Sadismus unterstellte, ihn metaphorisch auf die Stufe von Insekten stellte und offen zu seiner »Vernichtung« aufrief, war aller antikommunistischen Reflexe zum Trotz im öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Bundesrepublik zur gleichen Zeit kaum vorstellbar.

sie erst seit den sechziger Jahren im Zuge der Verfestigung des *status quo* faktisch abzurücken begannen.

Freilich musste die Unterscheidung zwischen den beiden Teilen erst einmal kommunikativ hergestellt werden,⁷ denn zumindest jenseits der politisierten Eliten verstanden sich die Deutschen auch nach dem Krieg zunächst überwiegend als »volksgemeinschaftliches« Kollektiv, das nach außen, gegen die ehemaligen Kriegsgegner abgegrenzt wurde und dem die Gründung zweier Separatstaaten entsprechend schwer zu vermitteln war.⁸ Den Massenmedien kam von Beginn an eine Rolle als Katalysatoren dieser Abgrenzungsdiskurse zu, sei es in einer staatlich bzw. seitens der Partei monopolisierten Form wie im Osten, oder stärker gesellschaftsbezogen und plural in der Bundesrepublik. Einen besonderen Kristallisationspunkt der Auseinandersetzung bildete schon aufgrund der politischen Bedingungen und der geographischen Lage Berlin, und nicht zufällig nahm der »Ätherkrieg«, also die Vergemeinschaftungsversuche der jeweils eigenen und die Auseinandersetzung mit der anderen Seite, hier seinen Anfang. Die elektronischen Medien, also das Radio und später das Fernsehen, spielten dabei eine Schlüsselrolle, weil sie Grenzen problemlos überschreiten konnten und zudem im privaten Raum angeeignet wurden.⁹

Auch in vergleichbaren, von Traditionsbruch, Instabilität und (vermeintlicher) Bedrohung geprägten Situationen finden sich kulturell gesteigerte Grenzziehungen, die das Eigene und das Fremde radikal gegeneinander abgrenzen.¹⁰ Typisch für eine derartige Steigerung kultureller Distinktionen ist ein Identitätsangebot, das auf Abgrenzung nach außen beruht. Wie im vorliegenden Fall kann dies soweit gehen, dass »die Anderen« als »untermenschlich« und »vorzivilisatorisch« diskriminiert werden, während die eigene Kultur im Gegenteil positiv überhöht wird.¹¹

⁷ Vgl. Jens Ruchatz, »Einleitung«, in: Ders. (Hg.), *Mediendiskurse deutsch/deutsch*, Weimar 2005, S. 7–22, S. 16.

⁸ Vgl. Eike Wolgast, *Die Wahrnehmung des Dritten Reiches in der unmittelbaren Nachkriegszeit (1945/46)*, Heidelberg 2001, passim.

⁹ Vgl. Petra Galle, *RLAS Berlin und Berliner Rundfunk 1945–1949. Die Entwicklung ihrer Profile in Programm, Personal und Organisation vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges*, Münster/Hamburg/London 2003, Klaus Arnold, *Kalter Krieg im Äther. Der Deutschlandsender und die Westpropaganda der SED*, Münster/Hamburg/London 2002.

¹⁰ Vgl. dazu die Überlegungen von Jan Assmann in Anlehnung an den Ethnologen Wilhelm E. Mühlmann, der diese kulturellen Grenzziehungen als »limitische Struktur« bezeichnet; vgl. Jan Assmann *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München 1992, S. 153.

¹¹ Zum intellektuellen Apologeten solcher Distinktionen hat sich bekanntlich Carl Schmitt mit seiner Unterscheidung von »Freund« und »Feind« als Kriterium des Politischen in seiner berühmten Schrift »Begriff des Politischen« (1932) gemacht, um damit seine antiliberalen

Der Verweis auf die politisch instabile Ausgangslage und die anfänglichen Schwierigkeiten beider deutscher Teilstaaten Zustimmung zu gewinnen, soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Konstellation des Kalten Krieges über kurz oder lang auch erhebliches integratives Potential barg. Zumindest in Kreisen der staatsnahen Eliten wird man auch für die DDR konstatieren können, dass das auf antifaschistischen und antikapitalistischen Werten beruhende Integrationsangebot nicht ohne Wirkung geblieben ist.¹² Zugleich allerdings gelang es der DDR in weiteren Bevölkerungskreisen offenkundig wesentlich schlechter als der Bundesrepublik, Anerkennung zu gewinnen und eine dauerhafte, tragfähige Legitimationsgrundlage und teilstaatliche DDR-Identität auszubilden.¹³ Entsprechend stark blieben die Abgrenzungsbemühungen gegenüber der westlichen Konkurrenz, und entsprechend lange wurde auch die angestrenzte, hochgradig emotionalisierte und auf die Delegitimation der Bundesrepublik zielende Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik und dem westlichen Block insgesamt konserviert.

Zudem waren ideologische Komponenten, die in älteren Axiomen und kulturellen Praxen des Sozialismus begründet waren, mit dafür verantwortlich, dass der Abgrenzungsdiskurs auf östlicher Seite seinen emotionalen und aggressiven Charakter länger behielt als in der Bundesrepublik. Denn der Marxismus zeichnete sich durch ein prinzipiell polar ausgerichtetes Schema der Weltwahrnehmung und -erklärung aus, das in seiner leninistischen Variante noch eine besondere Zuspitzung erfuhr.¹⁴ Als treibende Kraft für »historischen Fortschritt« fungierten demzufolge antagonistische Kräfte, deren Kampf untereinander über kurz oder lang zum Sieg des Neuen, Fortschrittlichen über das Alte, Überkommene führen müsse. Diese teleologische, gewissermaßen »gesellschaftsdarwinistische« Komponente korrespondierte mit der bipolar-reduktionistischen Wahrnehmungsstruktur, die sich in Antagonismen wie Proletariat – Bourgeoisie, Kommunismus – Imperialismus oder Kapital – Arbeit ausdrückte. Untermuert wurde dieses Schema durch ausgeprägt ver-

Staatstheorie zu munitionieren; vgl. dazu Lutz Niethammer, *Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur*, Reinbek 2000, S. 77–122, hier bes. S. 102ff.

¹² Vgl. dazu Ders., »Erfahrungen und Strukturen. Prolegomena zu einer Geschichte der Gesellschaft in der DDR«, in: Jürgen Kocka/Hartmut Kaelble/Hartmut Zwahr (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 95–114, S. 104ff.

¹³ Vgl. Kielmannsegg, Peter Graf, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland*, Berlin 2000, S. 561–574.

¹⁴ Vgl. hierzu und zum Folgenden: Rainer Gries/Silke Satjukow, »Feindbilder des Sozialismus. Eine theoretische Einführung«, in: Dies. (Hg.), *Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus*, Leipzig 2004, S. 13–70, bes. S. 22–24.

schwörungstheoretische Wahrnehmungen und Deutungen.¹⁵ Charakteristisch war schon bei den Bolschewicki eine Mischung aus ideologischen Prämissen, missionarischem Sendungsbewusstsein und einem tiefen Misstrauen gegenüber der eigenen Bevölkerung, die sich ähnlich später auch bei den Spitzenfunktionären in der DDR beobachten lässt.¹⁶

Insgesamt kann man also festhalten, dass die in vieler Hinsicht instabile und ungewisse Situation nach dem verlorenen Krieg und der sich zunächst formierenden anhaltenden Blockkonfrontation eine permanente Notwendigkeit erzeugte, kulturelle Grenzziehungen neu zu etablieren und symbolisch zu sichern. Angesichts der gerade in Deutschland unübersehbaren Konfrontationen und Konkurrenzen, aber auch vor dem Hintergrund bereits etablierter Wahrnehmungs- und Handlungsmuster kann es nicht überraschen, dass dabei nicht nur an Emotionen appelliert wurde, sondern Gefühle von Bedrohung, Unsicherheit sowie von Über- oder Unterlegenheit tatsächlich auch über die politischen Eliten hinaus weit verbreitet waren.

2. Emotionen im Radio

Besonders in den fünfziger Jahren gab es wohl kaum ein anderes Thema in Deutschland, das ebenso stark mit Emotionen verbunden war wie das Thema Krieg. Fast niemand war von den direkten oder indirekten Folgen verschont geblieben, sei es durch den Tod von Angehörigen, dauerhafte gesundheitliche Schäden, den Verlust von Wohnung und Eigentum, Gefangenschaft und Vertreibung oder die Betroffenheit von den chaotischen und entbehrungsreichen Zuständen der Nachkriegsjahre. Diese kollektive existentielle Erfahrung prägte die Erinnerungen wie die Gegenwartswahrnehmungen, zumal viele dieser Probleme – wie etwa die Kriegsgefangenenfrage – bis weit in die fünfziger Jahre virulent blieben.

Nicht wenige Radiobeiträge zur aktuellen politischen Situation knüpften daher unmittelbar an Kriegserlebnisse an und suchten diesen kollektiven Erfahrungszusammenhang in ihrem Sinne für die Gegenwart produktiv zu machen. So finden sich nicht nur in der unmittelbaren Nachkriegszeit immer wieder Beispiele, bei denen die Sprecher auf persönliche Kriegserlebnisse zurückgriffen, um davon ausgehend ihre eigentliche, gegenwartsbezogene Argu-

¹⁵ Vgl. Thomas Haury, »Von den »Finanzkapitalisten« zu den »Zionisten« – das »werktätige Volk« und seine Feinde. Spezifika des Wechselspiels von kommunistischem Selbst- und Feindbild in der frühen DDR«, in: Gries/Satjukow, *Unsere Feinde* (wie Anm. 14), S. 107–126, hier S. 120.

¹⁶ Vgl. Gerd Koenen, *Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus?*, Frankfurt/M. 2000, S. 63ff.

mentation zu entwickeln. Der bereits erwähnte Karl-Eduard von Schnitzler leitete beispielsweise 1950 einen Beitrag zum Jahrestag des Angriffs auf die Sowjetunion folgendermaßen ein:

»Morgen früh sind es neun Jahre her, da ich im Morgengrauen vom Kommandeur eines Artillerieregiments den Befehl erhielt, mit meinem Motorrad als Melder Verbindung aufzunehmen mit dem Schützenregiment, das in diesem Augenblick den Bug überschritt, vorstieß in sowjetisches Land, geradeso wie im gleichen Augenblick die Regimenter von 200 Divisionen. [...] Ich wurde früh verwundet. Meine Truppe ging den Weg nach Stalingrad. Hin und nicht wieder zurück. Mit erfrorenen Gliedern, abgemagert zum Skelett, aussätzig und keines normalen Gedanken mehr fähig konnten sich einige in Gefangenschaft retten. [...] Und die Heimkehrer [...] sahen Berlin, mit Ruinen, der Quittung für das, was morgen früh vor neun Jahren begonnen hat.«¹⁷

Das Abstiegs-Narrativ, mit dem von Schnitzler hier an verbreitete Erfahrungs- und Deutungshorizonte der Deutschen anknüpfte, stand freilich ganz im Dienst der Gegenwart: »Und dennoch gibt es Menschen, die das alles noch einmal wiederholen wollen. [...] Aber ihr Schicksal dürfte zwangsläufig das gleiche sein wie das der Angreifer jenes 22. Junis, wenn sie es wagen sollten.« Deshalb gehe es auch nicht um die »Frage Ost oder West«, oder »gar die geschichtliche Mission, Brückenbauer zu sein«; vielmehr laute die Alternative Krieg oder Frieden: »Zwischen Krieg und Frieden aber gibt es keine Brücke, in dieser Frage gibt es auch keine Neutralität.«¹⁸

Wie zahlreiche ähnliche Beiträge aus dieser Zeit, stellte auch von Schnitzlers Kommentar den Versuch dar, die angesichts der immer offeneren Blockkonfrontation (der Korea-Krieg stand unmittelbar bevor) grassierenden Kriegsängste im eigenen Sinne zu kanalisieren: »Die angloamerikanischen Imperialisten, das bedeutet Krieg«, hieß es in einem anderen Beitrag nur wenige Tage später, während das eigene, östliche Lager stets zum Garanten eines kommenden universellen »Weltfriedens« stilisiert wurde.¹⁹ Die Schlüsse für die Gegenwart wurden in einen unmittelbaren Zusammenhang mit den für die meisten Überlebenden traumatischen Kriegserlebnissen an der Ostfront und den Gefühlen nationaler Demütigung im Zuge der Kapitulation gestellt. Die semantische Überhöhung zum *entweder-oder* und der Versuch, die geläufige West-Ost-Kategorisierung zur Alternative zwischen Krieg und Frieden zu

17 Sendemanuskript »Kommentar des Tages: 22. Juni«, Berliner Rundfunk/Deutschlandsender, 21. Juni 1950, Autor: Karl-Eduard v. Schnitzler; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, B 204-02-02/0005.

18 Ebd.

19 Sendemanuskript »Kommentar des Deutschlandsenders«, 25. Juni 1950, Autor: Hermann Zilles (stellv. Intendant); DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, B 204-02-01/0005.

stilisieren, können dabei als kulturelle Versuche im eingangs skizzierten Sinne interpretiert werden, die politisch instabile Lage kommunikativ zu sichern und insbesondere den seinerzeit populären Neutralitätskonzeptionen für ein vereintes Deutschland eine klare Absage zu erteilen.

Anknüpfung an Kollektivmythen

Die politische Argumentation, die die noch frischen Kriegserinnerungen unmittelbar auf die Gegenwart bezog und dadurch eine Parteinahme für die DDR respektive die Sowjetunion nahe legen sollte, teilt von Schnitzlers Kommentar mit zahlreichen anderen offiziösen politischen Stellungnahmen in den Massenmedien der DDR während dieser ersten Hochphase des Kalten Krieges. Interessanter scheint daher insbesondere, *wie* die Kommunikation im Radio inhaltlich und formal angelegt war, um eine positive Aufnahme durch die Hörer zu ermöglichen. Auf der *inhaltlichen* Ebene fällt dabei zunächst auf, wie stark die politisch zugespitzten Argumentationen an vorhandene, emotional besetzte *Kollektivmythen* anschlossen. Hinzu kamen *formale* Merkmale, deren Wirksamkeit zum Teil unmittelbar auf dem auditiven Charakter des Mediums Radio beruhte, und auf die weiter unten eingegangen wird.

Der Bezug auf historisch-politische Kollektivmythen ist allerdings weder systemspezifisch noch abhängig vom Radio. Symbolisch verdichtete, auf die Herstellung von Sinn in der Gegenwart ausgerichtete Geschichtsnarrative scheinen vielmehr seit jeher in allen politisch verfassten Gesellschaften eine Rolle zu spielen.²⁰ In modernen Gesellschaften entfalten sie aber – nicht zuletzt bedingt durch die Präsenz der modernen Massenmedien – eine eigene Dynamik. So dürfte im Falle des oben zitierten Beispiels allein der Bezug auf »Stalingrad« eine Vielzahl von hochgradig emotional besetzten Assoziationen hervorgerufen haben, denn schon seinerzeit handelte es sich dabei um einen solchen Mythos: Die Geschichte der Einkesselung bzw. Kapitulation der 6. Armee war zum Symbol nicht nur für die Kriegswende sondern für den verlorenen Krieg und den Niedergang Deutschlands schlechthin geworden.²¹ Dies lag vor allem daran, dass das augenscheinliche Scheitern der deutschen Wehrmacht an diesem Beispiel scheinbar plausibel mit dem in Deutschland verbreiteten Opfer-Empfinden und dem populären Topos des »Missbrauchs«

20 Vgl. Assmann, *Kulturelles Gedächtnis* (wie Anm. 10), passim.

21 Vgl. Bernd Ulrich, »Stalingrad«, in: Etienne Francois/Hagen Schulze (Hg), *Deutsche Erinnerungsorte*, München 2001, S. 332–348; vgl. zum Begriff Andreas Dörner, *Politischer Mythos und symbolische Politik. Der Hermannsmythos: zur Entstehung des Nationalbewusstseins der Deutschen*, Reinbek 1996, S. 52ff.

durch den Nationalsozialismus verbunden werden konnte. Besonders eindrucksvoll wurde das Bild des ewig hungernden und frierenden deutschen Soldaten in aussichtsloser Lage seinerzeit in Theodor Plieviers populärem Stalingrad-Roman inszeniert, den der Hörfunk in der SBZ unmittelbar nach dem Krieg durch Lesungen und Hörspiel-Adaptionen breit popularisiert hatte.²²

Zusätzlich emotional aufgeladen war der Bezug auf »Stalingrad« durch die anhaltende persönliche Betroffenheit zahlreicher Angehöriger: So trauerten seinerzeit nicht nur viele Familien noch um ihre dort gefallenen Angehörigen, sondern angesichts der hohen Vermissten- und Gefangenenzahlen bestand bei vielen auch noch Hoffnung auf Rückkehr – die sich freilich nur selten erfüllen sollte.²³ Im »Mythos Stalingrad« verschmolz im Nachkrieg die kollektive, nationale Leidens- und Untergangserzählung mit der privaten Trauer oder Ungewissheit um die Toten und Vermissten. Auch wenn gerade letzteres – wie weiter unten noch gezeigt wird – für die DDR mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden war, blieb der Bezug auf diesen mächtigen Mythos auch hier eine Konstante, mindestens bis in die sechziger Jahre.²⁴

Die Versuche, die Kriegserfahrungen in politische Unterstützung respektive Mobilisierung zu überführen, blieben nicht auf die aktiven Kriegsteilnehmer und ihre unmittelbaren Angehörigen beschränkt. Anknüpfungspunkte boten auch die Leiden der Zivilbevölkerung, und hier insbesondere die Flächenbombardements auf deutsche Städte, unter denen die Bewohner bekanntlich stark gelitten hatten. Die Erinnerung daran stellte zumindest potenziell einen mächtigen, im Erfahrungshorizont der Deutschen verankerten Resonanzboden für die eigene Friedenspropaganda dar: »Berlin« habe, so ein Kommentator im Zuge der ersten Berlin-Krise, »den Luftkrieg noch nicht vergessen, den es mit aller Schwere, mit all seinen unmenschlichen Verheerungen erst zu spüren bekommen hat, als der Krieg gegen Hitler schon entschieden war [...]. In diesen fürchterlichen Nächten verschlangen die Flächenbrände in den Wohnvierteln Berlins das letzte Hab und Gut hunderttausender Berliner, die – sofern sie überhaupt mit dem Leben davorkamen – häufig

22 Nach der Zuspitzung des Kalten Krieges geriet Plieviers nationales Anti-Kriegsepos im Osten jedoch außer Kurs: gefragt war nun eine explizite Parteinahme für die Sowjetunion, die der Roman nicht leistete.

23 Zur Kriegsgefangenschaft, die nur etwa 6000 der rd. 90 000 Gefangenen überlebten, vgl. Albrecht Lehmann, »Erinnerungen an die Kriegsgefangenschaft«, in: Wolfram Wette/Gerd R. Ueberschär (Hg.), *Stalingrad. Mythos und Wirklichkeit einer Schlacht*, Frankfurt/M. 1992, S. 178–189.

24 Beispielsweise wurden im Radio die Jahrestage der Kapitulation (2. Februar) bis Mitte der sechziger Jahre immer thematisiert; ob dies danach anders wurde, lässt sich wegen der zu dieser Zeit weitgehend abbrechenden Überlieferung von Sendemanuskripten im Deutschen Rundfunkarchiv nicht sagen.

krank und siech vor dem Nichts standen.«²⁵ Längst sei, so die Argumentation eines anderen Beitrags, ein »Klima der Angst« entstanden, in dem »heute bereits wieder viele, sehr viele unter uns bangen Herzens an die Bombennächte zurückdenken und mit den furchtbaren Gedanken kämpfen, in absehbarer Zeit wieder ein Keller- und Bunkerdasein führen zu müssen.«²⁶

Ähnlich wie »Stalingrad« zur Chiffre für den verlorenen Krieg und das Leid der Frontkämpfer wurde, verdichtete sich die Erfahrung des Luftkriegs in der DDR insbesondere in der Erinnerung an die Luftangriffe auf Dresden im Februar 1945. Wie im Falle Stalingrads stand auch Dresden zunächst für die deutschen Opfer. »40 000 Menschen« seien »ermordet« worden, zudem seien »180 000 Wohnungen zerstört, 47 Krankenhäuser, 21 Kirchen und 12 Quadratkilometer dem Erboden gleichgemacht« worden, hieß es beispielsweise in einem Rundfunkbeitrag aus Anlass des 9. Jahrestages der Bombardierung.²⁷ Der Topos der »sinn- und wehrlosen Opfer« schien angesichts der mit Flüchtlingen überfüllten Stadt und der militärischen Fragwürdigkeit des Angriffs »zu einem Zeitpunkt, da der Ausgang des Zweiten Weltkrieges längst entschieden war« besonders nahe liegend.²⁸ Die im Vergleich zu anderen stark zerbombten Großstädten herausgehobene Bedeutung von Dresden in der öffentlichen Erinnerung beruhte neben diesen Faktoren vor allem auf dem schon älteren, ebenfalls mythisch überhöhten Image als barocke »Kunst- und Kulturstadt«: »Da stand keine Frauenkirche mehr, keine Hofkirche und kein Zwinger, da schien Dresden und seine jahrhunderte alte Kultur ausgelöscht.«²⁹ Oft schwang dabei hörbar ein nationaler Ton mit: Dresden wurde zu einem Symbol deutscher Kulturtradition, seine Zerstörung verwies implizit auch auf die vermeintliche Kulturlosigkeit seiner Zerstörer.

25 Vgl. Sendemanuskript »Wochenkommentar«, Berliner Rundfunk, 21. August 1948, Autor: Erich Böhm; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, B 204-02-01/0476.

26 Vgl. Sendemanuskript Kommentar des Tages »Vor der Kundgebung im Lustgarten«, Berliner Rundfunk, 11. September 1948, Autor: Michael Storm (d.i. Markus Wolf); DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, B 204-02-01/0494 sowie Sendemanuskript »Wofür demonstrieren die Berliner im Lustgarten?«, Berliner Rundfunk, 11. September 1948, Autor: Erich Böhm; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, B 204-02-01/0491.

27 Vgl. Sendemanuskript »Mit dem Stadtreporter unterwegs«, Deutschlandsender, 13. Februar 1954, Autorin: Susanne Drechsler; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, DS 54/231.

28 Vgl. Sendemanuskript »Kommentar des Tages«, Berliner Rundfunk und Radio DDR, 13. Februar 1956, Autor: Manfred Klein; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, BR 56/122.

29 Sendemanuskript »Kommentar des Deutschlandsenders« (wie Anm. 27).



Abb. 1: »Gestern Dresden, heute Korea«, Druckgraphik.

(Quelle: Deutsches Historisches Museum, Berlin)

Die unterstellte Verbindung von »Unmenschlichkeit« und fehlender Kultur bei den »anglo-amerikanischen« Gegnern von einst und jetzt bot denn auch den Anknüpfungspunkt für die mindestens zu jedem Jahrestag wiederholten politischen Deutungen: Sie schlossen unmittelbar an überkommene antiamerikanische Stereotype aus der Zwischenkriegs- und der NS-Zeit an und bezogen sie auf die aktuelle amerikanische Führung des westlichen Blocks.³⁰ Das chauvinistische Argument der »Kulturlosigkeit« der »amerikanischen Besatzer«, die sich in »Terror« und »Mord« ebenso offenbare wie in kultureller Ignoranz, fügte sich nahtlos in die ausgeprägt nationalistischen Kampagnen ein, mit deren Hilfe die SED in den fünfziger Jahren versuchte, ihren gesamtdeutschen Anspruch zu unterstreichen und ihr Image als »Russenpartei« loszuwerden.³¹ Glaubte man der damaligen Propaganda, dann schreckten die Amerikaner

³⁰ Vgl. Adelheid v. Saldern, »Überfremdungsängste. Gegen die Amerikanisierung der deutschen Kultur in den zwanziger Jahren«, in: Alf Lüdtke/Inge Marbolek/Adelheid von Saldern (Hg.), *Amerikanisierung, Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 1996, S. 213–245; Philipp Gassert, *Amerika im Dritten Reich. Ideologie, Propaganda und Volksmeinung, 1933–1945*, Stuttgart 1997.

³¹ Vgl. Michael Lemke, »Nationalismus und Patriotismus in den frühen Jahren der DDR«, in: *APnZ* 50 (2000), S. 11–19.

auch vor der Schändung nationaler Symbole nicht zurück und bereiteten bereits die Sprengung des Loreley-Felsens vor: »Die Menschen der ganzen Welt haben nur einen Feind: die angloamerikanische Kriegspartei und ihre Agenten. Sie bedrohen unser Vaterland, sie zerstören unsere schöne Natur, sie vernichten unsere Heimat« verkündete der damalige stellvertretende Intendant des Deutschlandsenders 1950 über den Rundfunk.³² Angesichts solcher Appelle an die patriotischen Gefühle der Deutschen kam »Dresden« die Funktion zu, die These von der absichtsvollen Zerstörung deutscher Kulturgüter und der letztlich gegen die Deutschen gerichteten Politik des Westens historische Plausibilität zu verleihen.

Neben dem Bezug auf solche sehr konkreten, historischen Mythen wie »Stalingrad« und »Dresden« gab es in der Publizistik der DDR schon seit den fünfziger Jahren die Neigung, Zukunftsängste zu schüren, indem immer wieder auf einen drohenden »Dritten Weltkrieg« verwiesen wurde, der dann atomar geführt werde und dessen Zentrum Deutschland sein werde. Damit verlagerte sich die Argumentation sukzessive mehr auf die Zukunft, die – fehlendes Engagement für die »richtige« Seite vorausgesetzt – in einer atomaren Apokalypse enden werde. Freilich blieb auch dabei oft ein Bezug zu den vergangenen Kriegserfahrungen bestehen. So verwies der *militärpolitische Kommentar* des *Deutschlandsenders* zum Jahrestag des Kriegsendes 1954 nicht nur darauf, dass die nun in der Bundesrepublik stationierten US-amerikanischen Atomwaffen die 10.000fachen Sprengkräfte eines unlängst entschärften Blindgängers aus dem II. Weltkrieg hätten, der zwei Tonnen auf die Waage gebracht habe. Der *Kommentar* schloss auch die eindringliche Schilderung einer Atombombenexplosion ein:

»Der erste Eindruck ist Helligkeit, ist Licht [...] Und dann, während du nach Atem ringst, in furchtbarem Erschrecken, kommt die zweite Welle und es ist, als ob du aus einem tiefen Keller in das Licht von tausend Sonnen hineinsteigst [...] Du fürchtest, dass sich die Erde vor dir öffnen würde. [...] Der Schall packt dich acht Sekunden nach der Explosion. [...] Er ist mit keiner Explosion, die du schon kennst, vergleichbar. [...] Der orangefarbene Feuerball der Explosion bewegt sich himmelwärts, und die Bäume vor dir brennen lichterloh.«³³

1960, zum 15. Jahrestag der Bombardierung Dresdens gelang es der Kommentatorin sogar, den Dresden-Mythos perfekt mit dem apokalyptischen Szenario einer atomaren Auseinandersetzung zu verkoppeln, indem sie ihre persön-

³² Sendemanuskript »Kommentar des Deutschlandsenders« (vgl. Anm. 19).

³³ Der Bericht stammte angeblich aus einer US-amerikanischen Militärzeitschrift; vgl. Sendemanuskript »Militärpolitischer Kommentar«, Deutschlandsender, 8. Mai 1954, Autor: Egbert von Frankenberg und Proschlitz; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, DS 54/934.

lichen Gefühle beim Anblick Dresdens im Jahre 1945 mit Eindrücken eines Besuches in Hiroshima verband:

» [...] Dreizehn Jahre nach dem Untergang Dresdens saß ich an einem Krankenbett im Atomhospital in Hiroshima. Zuvor war ich bei den Reliquien des Atomtods im Museum gewesen, bei den versenkten Uhren, die die Todesminute festhalten für immer, bei den schrecklichen Gebilden, die im Hitzeblitz des Atomfeuers entstanden sind: Knochen einer Menschenhand mit dem Glas, das sie gehalten hatte, zu grauenhafter Einheit verschmolzen; und bei den Fotografien von der Folter des Atoms: Frauen, denen das Stoffmuster des Kleides in den Rücken geätzt und Kinder, deren ganzer Körper eine einzige furchtbare Brandwunde war. Und Mütter, die nie mehr lächeln oder weinen würden, das Gesicht zu einer für immer erstarrten Fratze verzerrt.«³⁴

Ausgehend von der Schilderung persönlichen Kriegsleids und des Aufrufs des »Dresden«-Mythos wird hier mit den Bildern aus Hiroshima die ansonsten eher abstrakte Steigerung der atomaren Bedrohung anschaulich und emotional eindringlich konkretisiert, und dies in einer Form, die auch auf jüngere Hörer wirken konnte, die die Auswirkungen des II. Weltkriegs nicht mehr am eigenen Leib erfahren hatten. Aber natürlich war der Bezug zur aktuellen Politik nicht weit: Der Beitrag richtete sich gegen französische Atomversuche, ein NATO-Manöver in Bayern und appellierte an die Solidarität mit einem inhaftierten Studenten in Westberlin.

Die mediale Emotionalisierung militärischer Ereignisse, die, wie Stalingrad und Dresden, zu negativen Gründungsmythen stilisiert oder, wie Hiroshima und der Atomkrieg, zum Aufbau akuter Bedrohungsszenarien genutzt wurden, blieb, wie bereits angedeutet, nicht auf das Medium Radio beschränkt, sondern findet sich beispielsweise ebenso in der zeitgenössischen Presse. Wegen der hochgradigen Kontrolle und politischen Normierung besonders der politischen Beiträge glichen sich Themen und Argumentationen in der DDR über die jeweiligen Medien hinweg in hohem Maße. Was das Radio jedoch besonders auszeichnet, ist die Möglichkeit der (scheinbar) persönlichen Ansprache: Die Person des Sprechers bzw. Autors ist über die Stimme als sinnlich erfahrbares Medium sehr viel unmittelbarer präsent als dies in geschriebenen Texten der Fall ist. Die oben zitierte Passage einer atomaren Explosion illustriert dies: Das Gefühl unmittelbarer Betroffenheit wird hier maßgeblich durch die persönliche Ansprache im Präsens erzeugt. Hinzu kommt, dass die Sprecher auch als Menschen viel weniger hinter den Text und die Inhalte zurücktreten als beispielsweise in der Zeitung. Sie bieten sich damit als Projektionsflächen

³⁴ Sendemanuskript »Kommentar des Tages«, Berliner Rundfunk und Berliner Welle, 15. Februar 1960, Autorin: Herta Classen; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, BR 60/1960.

menschlicher Gefühle an, wie das hohe Maß an persönlichen Zuschriften an die Sprecher zeigt. Daraus kann ein suggestives Potential erwachsen, das beispielsweise die Nationalsozialisten mit ihren emotionalen Inszenierungen der »Volksgemeinschaft« und des »Führers« für sich zu nutzen suchten.³⁵

Viele der Autoren entsprachen diesem Potential des Mediums, indem sie ihre Beiträge mit persönlichen Erfahrungen oder Erinnerungen anreicherten. Sie wiesen sich damit nicht nur als Mitglieder der deutschen Opfer- und Leidensgemeinschaft aus, sondern versuchten zugleich, ihren Ausführungen ein besonderes Maß an Glaubwürdigkeit und Gültigkeit zu verleihen. Eindrucksvoll beschrieb beispielsweise eine Redakteurin anlässlich eines Jahrestages, wie sie selbst den Angriff auf ihre »Vaterstadt« Dresden erlebt habe. Danach, auf der Suche nach »meinen Anverwandten, da begegnete ich Kindern, die nach ihren Müttern weinten, den Müttern, die ihre Kinder suchten und den Vätern, die russverschmiert und übermüdet [...] die verkohlten Leichen auf Bahren davontrugen.«³⁶ Nicht nur, dass sie als Überlebende solche Bilder knapp zehn Jahre nach dem Ereignis glaubhaft vermitteln konnte, auch die aktuellen politischen Schlüsse schienen sich direkt aus ihrer Biographie herzuleiten. Ähnlich wie in heutigen Fernsehdokumentationen diente die persönliche Zeitzeugenschaft schon seinerzeit zur Plausibilisierung der zumeist gegenwartsbezogenen Argumentationen. Zudem konnte sie dem Sprecher die Autorität des Überlebenden verleihen, und sie lud zur Identifikation mit den Opfern und mit dem Sprecher selbst ein.

Grenzen von Kollektivmythen in der politischen Radiopublizistik

Trotz dieses Potentials des Mediums gelang es allerdings nur selten, die Übergänge vom historischen Mythos zur gegenwärtigen Politik einigermaßen bruchlos erscheinen zu lassen. Noch vergleichsweise überzeugend fiel in dieser Hinsicht der bereits zitierte Beitrag über »Hiroshima« aus, weil der Bezug zwischen Vergangenheit und Gegenwart hier über mehrere Stufen vermittelt war, die durch die Person der Sprecherin miteinander verbunden wurden: Ausgehend von den eigenen Kriegserlebnissen bei Dresden (»Es war damals, wenige Tage vor dem Ende des Krieges, aus einem der wahnsinnigen Anlässe zog auch ich mit meinen Kindern über die Landstraße [...]«), mit denen sich nahezu jeder Deutsche identifizieren konnte, lag die Assoziation zu »Hiro-

³⁵ Vgl. Inge Marbolek, »Radio in Deutschland 1923–1960. Zur Sozialgeschichte eines Mediums«, *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001), H. 2, S. 207–239, hier S. 218.

³⁶ Sendemanuskript »Kommentar des Deutschlandsenders« (wie Anm. 27).

shima« als »gesteigerter«, weil atomarer Kriegserfahrung nicht fern. Und im Mythos »Hiroshima« schien die in den fünfziger und sechziger Jahren permanent beschworene Gefahr eines atomaren »Dritten Weltkrieges« ihrerseits historisch verbürgt. Zusätzliche Aktualität bekam die Erzählung schließlich noch dadurch, dass der »Krankenbesuch« der Sprecherin im »Atomhospital« in Hiroshima einer als Kind verstrahlten, schwangeren jungen Frau galt, die – so die angebliche Prognose – die Geburt ihres Kindes nicht mehr erleben würde.³⁷ Die Verbindung zwischen den eigenen Kriegserfahrungen, einer emotional anrührenden Gegenwartsgeschichte (in der der Topos des »unschuldigen kindlichen Opfers« gleich zweimal aufgerufen wurde) und der aktuellen, vermeintlich zwingenden politischen Parteinahme für den »Friedensstaat DDR« schien in diesem Falle einigermaßen nachvollziehbar.

Meistens fiel diese Verbindung jedoch weit weniger plausibel aus, selbst wenn die suggestiven Möglichkeiten des Mediums Radio ausgeschöpft wurden. So versuchte der damalige Chefkommentator des *Berliner Rundfunks* in einem Kommentar zur Berliner Luftbrücke etwa, bei den Zuhörern Assoziationen an den erst wenige Jahre zurückliegenden Luftkrieg zu wecken, indem er zu Beginn seines Beitrags die Geräuschkulisse anfliegender britischer und amerikanischer Bomberverbände einblenden ließ.³⁸ Dabei habe es sich um einen »Irrtum« gehandelt, der dadurch entstanden sei, dass der Auftrag an die Technik »nicht präzise genug« gewesen sei. »Ich hätte hinzufügen müssen«, so der Kommentator, dass es sich um Aufnahmen aus dem Jahr 1948 handeln solle, nicht um solche von 1944. Offenkundig sollte mit derartigen Suggestionen die Argumentation gestützt werden, noch immer seien die Westmächte den Deutschen feindlich gesonnen, und, wie es in einem anderen Kommentar hieß: »[...] die amerikanischen Flugzeuge, die heute noch Lebensmittel und Kohlen Säcke aus den Bombenschächten fallen lassen, werden morgen wieder Bomben werfen.«³⁹ An der Bevölkerung, zumal in West-Berlin, scheinen derartige Beschwörungen traumatischer Erfahrungen allerdings weitgehend vorbeigegangen zu sein: Ganz im Gegenteil führte gerade die Symbolik der Luftbrücke dazu, dass die Vorbehalte gegenüber den Westalliierten schwanden und insbesondere die Amerikaner künftig als »Freunde« wahrgenommen wurden.⁴⁰

37 Sendemanuskript »Kommentar des Tages« (wie Anm. 34).

38 Sendemanuskript »Kommentar des Tages: Hundert Tage Luftbrücke«, Berliner Rundfunk, 1. Oktober 1948, Autor: Herbert Gessner; Deutsches Rundfunkarchiv (DRA) Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, B 204-02-01/0177; im Sendemanuskript ist an dieser Stelle vermerkt: »Ton: Bomber, Luftschuttsirene, Flakfeuer, Detonationen, Bomber«.

39 Vgl. Sendemanuskript »Wochenkommentar«, Berliner Rundfunk, 21. August 1948 (wie Anm. 25).

40 Peter Bender, »Einführung«, in: Burghard Ciesla/Michael Lemke/Thomas Lindenberger (Hg.), *Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948/1958*. Berlin 2000, S. 11–24, hier: S. 20.

Vielleicht noch deutlicher wird das Problem, die Vergangenheit im Hinblick auf die aktuelle Politik »umzucodieren« am Beispiel eines Beitrags anlässlich des siebten Jahrestages der Kapitulation der 6. Armee bei Stalingrad Anfang Februar 1950. Auch hier bediente sich der Sprecher, ein ehemaliger Truppenarzt, des Musters der *autobiographischen Plausibilisierung*, indem er den Augenblick seiner Gefangennahme beschrieb, die sich »in einem der zahllosen Ruinenkeller« zugetragen habe, der angefüllt gewesen sei »mit verwundeten, erschöpften, verhungerten und erfrorenen Soldaten«. Die Bilanz des Feldzugs seien »Millionen deutscher Männer, die in der ungeheuren Weite des Ostens den Tod gefunden haben« gewesen, »Ein Ozean von Tränen – unstillbar.«⁴¹ Spürbar knüpft auch dieser Beitrag an den damals verbreiteten nationalen Opfermythos an, aber im Folgenden wurde die nationale Untergangs- und Opfererzählung zu einem »Sieg« umcodiert, der nicht nur eindrucksvoll »die militärische, politische und moralische Überlegenheit der Sowjetvölker« demonstriert habe, sondern durch den gar »die Zivilisation der gesamten gesitteten Menschheit [...] vor dem Untergang in Faschismus und Barbarei« bewahrt worden sei.⁴²

Um diesen Perspektivwechsel plausibel zu machen, wurde der Moment der Gefangennahme und der ersten Begegnung mit einem sowjetischen Soldaten zu einem persönlichen Erweckungserlebnis stilisiert, das wiederum einen Erkenntnis- und Wandlungsprozess angestoßen habe, an dessen Ende die Identifikation mit der Sowjetunion und damit mit dem ehemaligen Feind gestanden habe. Dieses Motiv der individuellen *Wandlung* ist typisch für die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Krieg in den ersten beiden Jahrzehnten der DDR.⁴³ Auch das Medium der persönlichen Biographie diente dazu, Widersprüche zwischen Vergangenheit und Gegenwart harmonisch aufzulösen.

Gleichwohl bleiben erhebliche Zweifel, ob sich viele Hörer mit einer derartigen Deutung identifizieren konnten, die im Prinzip auf die Übernahme der sowjetischen Stalingrad-Erzählung hinauslief. Denn dies hätte einen Umsturz der bisherigen Wahrnehmungsweisen und Deutungen in Deutschland bedeutet: Die Niederlage, für die »Stalingrad« hier stand, wurde in einen »Sieg« umgedeutet, die ehemaligen Feinde, die Sowjets, hätten sich demnach als »Freunde« und Retter erwiesen. Der Gang in die sowjetische Kriegsgefangenschaft wurde sogar als »Weg in das Leben« und als Moment einer »wunder-

41 Sendemanuskript »Tageskommentar«, Berliner Rundfunk, 1. Februar 1950, Autor: Dr. Rudolf Pallas; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, B 204-02-01/0511.

42 Ebd.

43 Vgl. dazu auch Thomas Heimann, »Erinnerung als Wandlung: Kriegsbilder im frühen DDR-Film«, in: Martin Sabrow (Hg.), *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR*, Köln u.a. 2000, S. 37–85.

bare[n] Ermutigung und Kraft« beschrieben, die, »so merkwürdig es auch klingen mag [...] auch auf uns« übersprungen sei, »auf die geschlagenen, vernichteten und völlig demoralisierten Reste der deutschen Soldaten.«⁴⁴ Gegen eine positive Rezeption durch breitere Bevölkerungskreise sprachen nicht nur die ausgeprägten antislawischen und antikommunistischen Ressentiments in der deutschen Bevölkerung, die mit dem Ende des Krieges bekanntlich keineswegs überwunden waren. Auch die Heimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft mussten derartige Äußerungen hochgradig befremden.

Die Beispiele illustrieren, dass die gegenwartsbezogene, streng politisch-funktionale Ausrichtung der meisten Radiobeiträge die Deutungen der Vergangenheit a priori determinierten. Entsprechend schwierig war es, glaubhaft an emotional konnotierte Kollektivmythen anzuschließen, die jeweils eigene, stärker gesellschaftsbezogene Deutungsangebote bereitstellten. Diese hatten ältere Wurzeln und standen nicht selten in einem Spannungsverhältnis oder sogar im direkten Widerspruch zu den sowjetisch inspirierten politischen Imperativen der DDR-Führung.

3. Ansprüche und Aneignungen der Hörer

Die Bedingungen der Nachkriegszeit und des Wiederaufbaus, die bekanntlich zunächst von fehlendem Wohnraum, Nahrungs- und Heizmittelknappheit, Vertreibung und Kriegsgefangenschaft, auch allgemeiner Unsicherheit und später den Anstrengungen des Wiederaufbaus geprägt waren, strukturierten auch maßgeblich die Ansprüche, die an das Medium Rundfunk gestellt wurden. Entscheidend waren aus Sicht der Hörer zum einen die Versorgung mit bestimmten Basisinformationen wie Regelungen des öffentlichen Lebens oder Verbote, zweitens Service-Informationen, die bei der Bewältigung des schwierigen Alltags helfen konnten (wie etwa der Suchdienst für Vermisste oder die Kriegsgefangenen-Sendung des *Berliner Rundfunks*) und drittens das immer wieder geäußerte eskapistische Bedürfnis nach »leichter« Unterhaltung, womit insbesondere überkommene Formen von Tanz- und Operettenmusik gemeint waren, die einen temporären Ausstieg aus der Härte des Alltags ermöglichten.⁴⁵

Gerade in den Zeiten großer materieller Unsicherheit und politisch-ideologischer Orientierungslosigkeit wurde an den Rundfunk unverkennbar ein kon-

⁴⁴ Vgl. Sendemanuskript »Tageskommentar«, Berliner Rundfunk, 1. Februar 1950 (wie Anm. 41).

⁴⁵ Vgl. Walter Klingler, »Hörfunknutzung seit 1945«, in: Walter Klingler/Gunnar Roters/Maria Gerhards (Hg.), *Medienrezeption seit 1945. Forschungsbilanz und Perspektiven*, Baden-Baden 1998, S. 114–137.

servatives Bedürfnis nach vertrauten Formen, Melodien und Personen herangezogen, das in den fünfziger Jahren noch anhielt. Auch in dieser Zeit stand – nach den chaotischen Erfahrungen der Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre – die Rückgewinnung von *Normalität* im Vordergrund, also die Etablierung eines geregelten, materiell (auf wie bescheidenem Niveau auch immer) gesicherten Alltags, der sich ästhetisch wie habituell in starkem Maße an tradierten Formen und Mustern der Vorkriegszeit orientierte.⁴⁶ Da inzwischen andere Informationsquellen zur Verfügung standen und das Leben zunehmend wieder in geregelten Bahnen verlief, rückte in den fünfziger und sechziger Jahren das Interesse an (musikalischer) Unterhaltung gegenüber den Informations- und Lebenshilfe-Bedürfnissen noch mehr in den Vordergrund.⁴⁷

Die oben behandelten politischen Wortprogramme, die bei den Verantwortlichen höchste Priorität genossen, erfreuten sich unter diesen Voraussetzungen bei den Hörern eher geringer Beliebtheit. Verglichen mit Unterhaltungsprogrammen wurden etwa die Tageskommentare vergleichsweise wenig gehört und auch negativer beurteilt.⁴⁸ Eine Großbefragung unter Mitarbeitern eines Berliner Industriebetriebs aus dem Jahr 1950 ergab, dass die Hörer speziell die agitatorisch-politischen Sendungen ablehnten.⁴⁹ Von den Hörern würden dagegen solche Sendungen bevorzugt, »die vielfach in Kollegenkreisen so leichthin abgetan werden«, wie z. B. die Sendereihe *Kunterbunt am Morgen*, die

⁴⁶ Vgl. hierzu z.B. die Präsentation der Geräte in ostdeutschen Werbebroschüren; Uta C. Schmidt, *Radioaneignung. Radiohören in der Nachkriegszeit und in den fünfziger Jahren*, in: MarBolek/ v. Saldern, *Zuhören und Gehörtwerden* (wie Anm. 30), S. 259–367, hier S. 280.

⁴⁷ Vgl. dazu allgemein Michael Meyen, *Hauptsache Unterhaltung. Mediennutzung und Medienbewertung in Deutschland in den 50er Jahren*, Münster u.a. 2001.

⁴⁸ Nach einer empirischen Umfrage unter Radio-DDR-Hörern aus dem Jahr 1957 waren Musikwunsch-Sendungen mit Einschaltquoten bis zu 55% und Beurteilungsquoten zwischen 1,5 und 1,8 am beliebtesten. Die Tageskommentare schalteten dagegen nur etwa 20% der Befragten ein, sie wurden mit einer Note von 2,2 auch deutlich schlechter beurteilt; Untersuchung 630/6 der Abteilung Hörerforschung v. 7./8. Oktober 1957; Bundesarchiv, Abt. Berlin (BArch), DR 6/559; im gleichen Jahr gab bei einer anderen Umfrage eine knappe Mehrheit an, dass sie den Kommentar »selten« oder »nie« höre; Abteilung Hörermeinung Radio DDR an den Vorsitzenden des StRK, Prof. Ley, 22. Oktober 1957, BArch, DR 6/269.

⁴⁹ Der Redakteur Alfred Duchrow fasste 1950 die diesbezüglichen Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von 1.000 Beschäftigten des Elektroapparatewerkes Treptow mit folgenden Worten zusammen: »Die Fabrikarbeiter und auch die Angestellten – ich registriere hier nur, ohne zu werten – wollen nach 20 Uhr überwiegend Musik, Unterhaltungsmusik hören und behaupten, sie seien körperlich nicht mehr in der Lage, größere Wortkomplexe in sich aufzunehmen und sich ernsthaft und gründlich mit politischen Problemen zu befassen.« Protokoll der Rundfunk-Tagung anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Deutschen Demokratischen Rundfunks im Haus der Presse Berlin, 11./12. Mai 1950; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Schriftgut Hörfunk 1945–1952, F 201–00–00/0001, Bl. 396f.

die besten Beurteilungen bekam.⁵⁰ Bei den Wortsendungen standen dagegen ähnlich wie im Westen »unpolitische« satirisch-unterhaltende Programme sowie Hörspiele hoch im Kurs, sofern es sich nicht um Wiederholungen oder literarisch allzu anspruchsvolle Produktionen handelte.

Die Kritik aus den Hörerbefragungen und -briefen zeigt dabei deutlich, dass die Wortprogramme nicht zuletzt gerade wegen ihrer propagandistischen Tendenz und ihres verbissenen, didaktischen Duktus abgelehnt wurden. Immer wieder wurde kritisiert, einschlägige Sendungen seien »eintönig«, »trocken«, »meistens zu lang«, die Programme insgesamt »langweilig«, zu wenig abwechslungsreich und locker.⁵¹ Die Hasstiraden auf den westlichen Gegner stießen zudem bei den Hörern nicht zuletzt wegen der traditionell auf Konsens ausgerichteten politischen Kultur in Deutschland eher auf Ablehnung: der Rundfunk solle »doch überparteilich sein und tendenzfreie Meldungen bringen. Können Sie denn nicht verstehen, dass diese Propaganda das Volk abstößt und man sich einen anderen Sender wählt?« meinte beispielsweise ein Hörer, der mit dieser Meinung keineswegs allein stand.⁵² Andere Hörer fühlten sich an die NS-Propaganda erinnert oder bemängelten, dass selbst für Naturkatastrophen wie das Hamburger Hochwasser von 1962 noch das politische System der Bundesrepublik verantwortlich gemacht werde.⁵³

Groß war hingegen das Interesse an Informationen oder Hilfe, die auf anderen Wegen nicht zu bekommen waren. In erheblichem Umfang war der Rundfunk in den fünfziger und sechziger Jahren ein Ansprechpartner, an den man sich in persönlichen Notlagen und bei der Bewältigung des Alltags in der Mangelgesellschaft wandte.⁵⁴ Neben Versorgungsfragen, die bis zum Ende der

50 Ebd.

51 Vgl. z.B. Bericht über eine Aussprache mit den AGL-Vorsitzenden des Görlitzer Großbetriebes EKM Maschinenbau über die Arbeit des Rundfunks, o. Dat. [August 1953]; BAArch, DR 6/192.

52 Vgl. Postauswertung vom 1. bis 30. Juni 1947; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Schriftgut Hörfunk 1945–1952, H 201–01–04/0001 (Büro des Intendanten: Hörerpost, Hörerforschung 1946–1951).

53 »Arnold B[...]«, Geschäftsinhaber (50/59) hat an unseren Nachrichten auszusetzen, dass sie oft über eine sachliche Berichterstattung hinausgehen, sie scheinen ihm politisch überspitzt, in manchen Fällen sogar hämisch (z.B. Hochwasserkatastrophe in Hamburg). Er meint, Naturkatastrophen und menschliches Versagen kämen überall vor. Er ist der Ansicht, die Nachrichten sollten dem Rechnung tragen, das würde wenig Sympathien bei den Hörern einbringen; Hörerumfrage in Freyberg/Unstrut 1963/1964; BAArch, DR 6/409.

54 Vgl. hierzu generell Jörg Requate, »Kommunikation und Propaganda in den Medien der DDR. Möglichkeiten und Grenzen des kommunikativen Austausches zwischen den audiovisuellen Medien der DDR und ihrem Publikum«, *Siegerer Periodikum zur Internationalen Empirischen Literaturwissenschaft (SPIEL)* 14 (1995), H. 2, S. 230–243, sowie Ina Merkel (Hg.), »Wir sind doch nicht die Mecker-Ecke der Nation«. Briefe an das DDR-Fernsehen, Köln u.a. 1998.

DDR virulent blieben, bot bis zur Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen 1956 besonders die Frage nach ihrem Schicksal Anlass, sich brieflich an den Rundfunk zu wenden und um Informationen, respektive Unterstützung bei der Suche nach Angehörigen zu bitten.⁵⁵ Diese Frage war nicht zuletzt deshalb hochgradig emotionsgeladen, weil sich viele Betroffene Hoffnungen machten, ihre Verwandten könnten in sowjetischer Kriegsgefangenschaft überlebt haben.⁵⁶ Die Rundfunkverantwortlichen erkannten wohl nicht zuletzt angesichts des hohen Postaufkommens die Bedeutung des Themas und richteten unterschiedliche Sendungen ein, die von Berichterstattung über die Heimkehrer bis zur Verlesung von Suchlisten und der »Grüßübermittlung deutscher Kriegsgefangener aus der UdSSR« reichten.⁵⁷

Aus Sicht der Hörer gaben diese Sendungen allerdings reichlich Anlass zur Kritik. Die Verlesung von Briefen sowjetischer Kriegsgefangener habe »sicher nicht nur für mich wie ein Märchen« geklungen, schrieb die Ehefrau eines Kriegsgefangenen, die seit fast einem Jahr ohne Nachricht von ihrem Mann war.⁵⁸ »Warum wird im Rundfunk so etwas verlesen, wo sich doch in Berlin fast jeder selbst eine Vorstellung machen kann und weiß, wie unsere Männer aus Russland heimkehren!«, fragte eine andere Hörerin.⁵⁹ Immer wieder wurde der Vergleich zwischen den Heimkehrern aus dem Westen und denjenigen aus Russland gezogen, wobei letztere, wenn überhaupt, »elend und krank« und »in Lumpen« in Deutschland ankämen.⁶⁰ Ein Vater, dessen einziger Sohn bei Stalingrad als vermisst galt, wies zudem auf die aus politischen Gründen tabuisierten Aspekte des Themas hin, indem er die Frage stellte, warum der Verbleib der »Stalingradkämpfer« trotz der zahlreichen Radiobeiträge zur Kriegsgefangenenfrage niemals angesprochen werde.⁶¹

Den Anlass solcher Kritik bot die hochgradig stereotypisierte und selektive Berichterstattung, die vor dem Hintergrund der eingangs beschriebenen politischen Situation nicht nur keinerlei Kritik an der Sowjetunion erlaubte, sondern

55 Nach Ernährungs- und Versorgungsfragen nahm Hörerpost zu dieser Frage in den späten vierziger Jahren regelmäßig den dritten Rang in der Poststatistik ein; vgl. Jörg-Uwe Fischer, »Die Heimat ruft. Die Heimkehr deutscher Kriegsgefangener aus der Sowjetunion im Programm des Berliner Rundfunks (1945–1950)«, *Rundfunk und Geschichte* 23 (1997), Nr. 2/3, S. 127–133, hier S. 129.

56 Vgl. Beate Ihme-Tuchel, »Die SED und die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion zwischen 1949 und 1955«, *DA* 27 (1994), H. 5, S. 490–503.

57 Fischer, *Die Heimat ruft* (wie Anm. 55), S. 127.

58 Zuschrift der Hörerin Lotte B., Berlin-Britz, Postauswertung vom 1. bis 30. Juni 1947 (wie Anm. 52).

59 Ebd., Zuschrift der Hörerin Anni K., Berlin.

60 Ebd., Zuschrift der Hörerin Ida J., Leipzig.

61 Zuschrift vom 21.7. 1947; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Schriftgut Hörfunk 1945–1952, H 201–01–04/0001.

die im Gegenteil stets pathetisch die »Freundschaft zur Sowjetunion« beschwor und daher die Lage der deutschen Kriegsgefangenen grotesk idealisierte.⁶² Es werde immer viel Positives über den Sozialismus in Russland berichtet, aber »wenn man die elenden hungrigen Gestalten sieht, die von dort kommen, so kann man doch bald irre werden« schrieb eine Hörerin und thematisierte damit die offensichtliche Diskrepanz zwischen der eigenen Wahrnehmung und den Darstellungen im Rundfunk.⁶³ Andere reagierten mit Sarkasmus oder Verbitterung: Inzwischen würde diese Fallhöhe »ja schon von unseren Kindern am Radio belacht«, hieß es in einer anonymen Zuschrift.⁶⁴ Zwar artikulierten sich in den Briefen spürbar auch überkommene antisowjetische und antikommunistische Ressentiments, aber hauptsächlich wurde die Berichterstattung an den eigenen Erfahrungen mit der Besatzungspolitik gemessen, die den Klischees von der Rolle der Roten Armee als »Befreier« und der Sowjetunion als »Freund« und »Vorbild« entgegenstanden.

Insgesamt illustriert das Beispiel der Kriegsgefangenenfrage die Diskrepanzen zwischen der offiziellen Berichterstattung und Informationspolitik in der SBZ/DDR und den Erwartungen der Hörer an das Medium als Instanz der Lebenshilfe. Während letztere auf möglichst ungefilterte Informationen hofften, die helfen konnten, das individuelle Schicksal der Internierten bzw. Verschollenen zu klären, orientierte sich die Berichterstattung auch hier in erster Linie an der politischen Opportunität. Damit verbunden war ein erheblicher Verlust an Glaubwürdigkeit, der tendenziell weder dazu beigetragen haben dürfte, Vertrauen in das Medium herzustellen, noch die politische Identifikation mit dem Regime zu befördern. Zugleich zeigt das Beispiel, dass es auch in der Diktatur zu emotionaler Empörung über Medieninhalte kommen konnte.

Wie bereits angedeutet, lag schließlich ein besonderer Schwerpunkt der Hörerwünsche in den eskapistischen Bedürfnissen nach Unterhaltung. Die einschlägigen Klagen über zu hohe Wortanteile, zu wenig »leichte« Musik und spannende Hörspiele ziehen sich wie ein roter Faden durch die überlieferte Hörerpost. Nach dem 17. Juni 1953 brachte die Gewerkschaftsleitung eines Großbetriebes die Wünsche der Belegschaft auf den Punkt: »Die Hauptforderung ist: Mehr Musik, weniger reden.«⁶⁵ Typisch war zudem die Legitimation des Unterhaltungsbedürfnisses mit den Anstrengungen der Arbeit. Wer so hart arbeite wie man selbst, so der Tenor vieler Äußerungen, habe das Recht,

62 Zur Konstruktion der »Freundschaft zur Sowjetunion« in der DDR und Polen siehe den Beitrag von Jan C. Behrends in diesem Band.

63 Anonyme Zuschrift, Postauswertung vom 1. bis 30. Juni 1947 (wie Anm. 52).

64 Ebd.

65 Forderung der Belegschaft des Fernmeldewerks Dresden; Gewerkschaftsleitung an das StRK, 23. Juli 1953; BArch, DR 6/193.

abends nicht mit komplizierten politischen Wortbeiträgen oder »schwerer« Musik (gemeint waren anspruchsvollere symphonische Darbietungen) behelligt zu werden. Offenbar war das Bedürfnis, das Radio im Wesentlichen nebenbei, zum »mood management« zu gebrauchen, also als eine Art musikalischen bzw. parasozialen Tagesbegleiter zur Hebung der Stimmung und zur Strukturierung des Tagesablaufs, auch seinerzeit schon weit ausgeprägt.⁶⁶ Dieses *Dispositiv* hatte sich bereits vor dem Krieg herausgebildet und war von den Nationalsozialisten größtenteils bedient worden.⁶⁷

Dieses gewissermaßen »inhaltlose« Interesse der Hörer stand in klarem Gegensatz zu den Vorbehalten auf kommunistischer Seite gegenüber »bloßer Unterhaltung« und den hypertrophen Bildungs- und Erziehungsansprüchen, die sich ab 1947/48 im Medium zunehmend durchzusetzen begannen. Auf der Ebene des ZK wurden die Medien als »Organ der demokratischen Massenerziehung« begriffen, die dem »schnell wachsende[n] Bewusstsein der Massen« durch »tiefergehende Vermittlung ideologischer Probleme« Rechnung tragen müssten. Unter diesen Vorzeichen schienen Unterhaltungsangebote nicht nur überflüssig zu sein, sondern wurde darüber hinaus zu einem Feld der Abgrenzung vom Westen, vor dem man sich auch angesichts der dort grassierenden »amerikanischen Unkultur« schützen müsse. Auf dem Höhepunkt stalinistischer Transformationen bestritt der Leiter der Hauptabteilung Musik den »in der Republik herumschwirrenden »Lieblingmelodien« gar die Existenzberechtigung und verfolgte offenbar ernsthaft das Ziel, sie zu eliminieren.⁶⁸

Auch im Bereich dieses von Seiten der Hörer besonders eindringlich artikulierten Anspruches auf Unterhaltung wirkte sich also die Politisierung zumindest zeitweise eindeutig negativ aus. Auf lange Sicht, dies sollte allerdings nicht verschwiegen werden, wurden in der DDR sukzessive auch Unterhaltungsbedürfnisse anerkannt, und damit konnten die Massenmedien auch ihr damit verbundenes »vorpolitisches« Integrationspotential entfalten. Allerdings war dieser Prozess von zahlreichen Rückschlägen begleitet und blieb in einem permanenten Spannungsverhältnis zu den nie aufgegebenen Politisierungs- und Erziehungsansprüchen sowie den permanenten Bedürfnissen nach Abgrenzung vom Westen.⁶⁹

66 Vgl. Meyen, *Hauptsache Unterhaltung* (wie Anm. 47), S. 111ff.

67 Ebd.

68 Vgl. Protokoll der Rundfunk-Tagung anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Deutschen Demokratischen Rundfunks im Haus der Presse Berlin, 11./12. Mai 1950; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Schriftgut Hörfunk 1945–1952, F 201–00–00/0001, Bl. 441.

69 Vgl. Christoph Classen, »Ungeliebte Unterhaltung. Zum Unterhaltungs-Diskurs im geteilten Deutschland 1945 bis 1970«, in: Jens Ruchatz (Hg.), *Mediendiskurse deutsch/deutsch.* Weimar 2005, S. 209–233, passim.

4. Fazit

Auf einer allgemeinen, theoretischen Ebene lässt sich zunächst festhalten, dass das Medium Rundfunk auf unterschiedliche Weise das Potential bot, sein Publikum emotional anzusprechen und dabei politische Integrationsprozesse zu unterstützen. So konnten emotional konnotierte Kollektivmythen, die als Voraussetzung politischer Vergemeinschaftung gelten können, durch ästhetische Gestaltung, durch die Suggestion persönlicher Ansprache und das Gefühl persönlicher Teilhabe besonders eindrucksvoll inszeniert werden.⁷⁰ Ferner bestand die Möglichkeit, durch ein besonderes Engagement im Bereich hoch-emotionalisierter Themen (wie z. B. die Kriegsgefangenenfrage) Vertrauen zu generieren und sich dabei zwar nicht zum Anwalt des Publikums zu machen, aber doch eine vermittelnde Position zwischen dem politischen System und den in der Gesellschaft vorherrschenden Stimmungen einzunehmen. Drittens schließlich wohnte und wohnte dem Rundfunk ebenso wie anderen modernen Massenmedien ein »diffuses« Integrationspotential inne, das darauf beruht, dass sie die Bedürfnisse und Sehnsüchte nach Ablenkung, sozialer Teilhabe, Unterhaltung und temporärem Ausstieg aus der Banalität des Alltags bedienen können und damit in einem quasi vorpolitischen Raum systemstabilisierend wirken.⁷¹

Trotz einiger positiver Ansätze zeigen die referierten Beispiele, dass es den Verantwortlichen in der SBZ/DDR zumindest in den späten vierziger und den fünfziger Jahren nicht gelang, dieses Potential für die eigenen Zwecke zu mobilisieren und damit das Medium zu nutzen, um auf breiter Front politische Unterstützung zu generieren. Ursächlich scheint dafür jeweils die politische Überdetermination der massenmedialen Kommunikation: Sie erforderte es, dass die Anknüpfung an populäre Deutungsmuster und Mythen der unmittelbaren Vergangenheit stets auf die aktuellen politischen Fragen auszurichten war, selbst wenn dies ohne spürbare Brüche nicht gelingen konnte oder gar faktisch auf ihren völligen Umsturz hinauslief. Auch den Informations- und Unterstützungsbedürfnissen der Bevölkerung bezüglich der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion konnte der Rundfunk nur soweit entsprechen, wie es politisch opportun war – und die Grenzen waren bei diesem Thema eng gesteckt. »Unpolitische Unterhaltung« schließlich schien bestenfalls überflüssig, wurde aber häufiger noch als Ausdruck »degenerativer amerikanischer Unkultur«

⁷⁰ Vgl. Andreas Dörner, »Medien und Mythen: Zum politischen Emotionsmanagement in der populären Medienkultur am Beispiel des amerikanischen Films«, in: Ansgar Klein/Frank Nullmeier (Hg.), *Masse – Macht – Emotionen: zur politischen Soziologie der Emotionen*. Opladen 1999, S. 308–329, hier S. 308ff.

⁷¹ Nicht zufällig scheint diesem Bedürfnis insbesondere zu Kriegszeiten besonders nachgegeben zu werden; vgl. dazu den Beitrag von Frank Bösch im vorliegenden Band.

interpretiert, wenn nicht als Relikt einer bürgerlich-kapitalistischen Vergangenheit, die solche kulturellen Formen nutzte, um das Proletariat in Unmündigkeit zu halten.

Zweifellos spielte dabei die eingangs skizzierte historische Situation des Kalten Krieges mit den daraus resultierenden Schwierigkeiten der Herrschaftssicherung und den – im deutschen Fall noch gesteigerten – Bedürfnissen nach Abgrenzung eine zentrale Rolle. Hinzu kommt jedoch im Falle der DDR ein spezifisches kulturelles Moment, das als technokratisches oder funktionalistisches Medien- und Gesellschaftsverständnis bezeichnet werden kann. Unter der Prämisse der revolutionären Umgestaltung glaubte man, das »richtige« Bewusstsein erst herstellen zu müssen, und hielt die Massenmedien für ein probates Mittel zu diesem Zweck. Die Interessen und Dispositionen der Nutzer hielt man unter diesen Bedingungen zunächst eher für hinderlich und erklärte sie kurzerhand zu »rückständigem Bewusstsein«; stattdessen müsse man sich an den »fortschrittlichen Hörern« orientieren.⁷² Ebenso wenig gab es ein ausgeprägtes Bewusstsein für die medialen Eigengesetzlichkeiten des auditiven Mediums und das spezifische *Dispositiv*, das es konstituierte. Nur so scheint jedenfalls erklärlich, dass es im DDR-Rundfunk durchaus vorkommen konnte, dass stundenlange Parteitage ununterbrochen übertragen wurden, obwohl zumindest den professionellen Redakteuren klar war, dass dies die Hörerzahl unter die Nachweisgrenze brachte.⁷³ Nicht zufällig blieb die Parteipresse – nicht nur in der DDR, sondern im gesamten Ostblock – das Leitmedium, anders als während des Nationalsozialismus, wo Goebbels schon früh erkannte, dass der Film und vor allem der Rundfunk als Live-Medium sich viel besser für die emotionalen Inszenierungen der »Volksgemeinschaft« einschließlich ihres Versprechens einer transzendentalen Überwindung von Raum und Zeit eignete.⁷⁴ Zwar begann die Lage sich – wie bereits angedeutet – nach dem 17. Juni 1953 langsam zu ändern, als die Parteiführung erkennen musste, dass diese Haltung ihren Herrschaftsanspruch ernsthaft gefährdete. Doch eine grundlegende oder gar eingestandene Abkehr von dem Anspruch, die Bevölkerung möglichst verbindlich auf die politischen Positionen der Staats- und Parteispitze festzulegen, war damit nicht verbunden.

⁷² Vgl. »Die Arbeit der Abteilung Hörerverbindungen«. Undatiert [1958], BArch, DR 6/559.

⁷³ »Wie viel Menschen, glaubst Du, haben gestern, also an einem Sonnabend, abends um 21.00 Uhr noch den Berliner Rundfunk gehört? Ich garantiere Dir: Wenn wir sehen könnten, wie wenig, wir würden erschrecken. Zum – ich weiß nicht wievielten Mal – begingen wir wieder den Fehler, eine Serie von Reden hintereinander zu übertragen. Wir brachten den Staatsakt mit der Rede des Gen. Grotewohl und die Reden aller ausländischen Delegationsführer. [...]«; Gessner an Grimmer, 7. Oktober 1951; BArch, DR 6/342; Hervorhebung im Original.

⁷⁴ Vgl. Maršolek, *Radio in Deutschland* (wie Anm. 35), S. 218 f.

Erklärlich scheint dies aus dem Umstand, dass der Kommunismus der Modernisierungseuphorie der Aufklärung und speziell des 19. Jahrhunderts verhaftet blieb. Hier dominierte der Glaube, etwa durch politisches Handeln, durch Argumentation und Erziehung oder den »Fortschritt« das »rückständige Bewusstsein« überwinden zu können und dadurch der objektiv als richtig erachteten Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen. Damit wurde die Gesellschaft zum *Objekt* des Umgestaltungsanspruches. Der kommunikative Anspruch richtete sich *gegen* die etablierte Gesellschaft und die Herrschenden waren demzufolge nicht wirklich in der Lage, deren Bedürfnisse angemessen wahrzunehmen. Da die Massenmedien im Realsozialismus durch die strikte Anbindung an den Partei- und Staatsapparat im Grunde Teil des politischen Systems waren, fielen sie zumindest bei den im engeren Sinne politischen Themen als Instanzen gesellschaftlicher Selbstbeobachtung oder Vermittlung zwischen Gesellschaft und Staat bzw. Parteispitze weitgehend aus. Damit war es aber auch nur schwer möglich, ihr Potential zu nutzen, um einem emotionalen, positiv fundierten Staats- und Kollektivbewusstsein zum Durchbruch zu verhelfen.